

Soziale Reproduktion in der Krise: Spanien und Irland im Vergleich

Stefanie Wöhl

1. Einleitung

Gender Mainstreaming, beschäftigungspolitische Leitlinien und diverse Richtlinien sind in den letzten 30 Jahren entstanden, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen in der Europäischen Union (EU) zu verbessern. Diese werden seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 durch Austeritätsmaßnahmen in den meisten Mitgliedsstaaten jedoch konterkariert. Bis heute gibt es zudem wenige Studien, die die Auswirkungen der Austeritätspolitik im Bereich der sozialen Reproduktion untersuchen (Herrera 2012), und inwiefern Frauen u.a. durch Arbeitsplatzverluste mehr unbezahlte Arbeit leisten. Eine neue Studie der OECD „Taxing Wages“ untersucht die Qualität von Arbeit und bestätigt, dass Frauen überproportional durch Kürzungen von Sozialausgaben und dem Anstieg unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung betroffen sind (OECD 2014a). Die bisherigen Untersuchungen implizieren alle, dass soziale Reproduktion direkt von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen ist. Soziale Reproduktion (SR) wird hier verstanden als die affektive Arbeit für andere, wie das Pflegen von abhängigen und älteren Menschen, kochen, waschen, putzen, Zeit für Entspannung und Freizeit sowie soziale Reproduktionsarbeiten, die die weitere (nachbarschaftliche) Gemeinschaft umfasst. Soziale Reproduktion umspannt außerdem die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft und ist somit als Teil der globalen politischen Ökonomie und dessen Produktionsbedingungen zu verstehen und besteht auch aus Institutionen staatlicher Wohlfahrt (Bakker / Gill 2003). Der Artikel situert soziale Reproduktion in diesem Kontext und setzt SR ins Verhältnis zu bezahlter Arbeit und EU Politiken auf verschiedenen Ebenen. Damit soll SR ins Verhältnis gesetzt werden zu Prozessen von Global Governance und der Internationalen Politischen Ökonomie wie Bakker und Gill vorgeschlagen haben.

Im Folgenden werden die Auswirkungen von einigen supranationalen Economic Governance Maßnahmen, wie z.B. Austerität, auf die Privathaushalte untersucht und wie sich dies auf die Beschäftigungssituation von Männern und Frauen auswirkt. Dabei werden verschiedene Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Alter und Ethnie berücksichtigt, um eine intersektionale Analyse zu ermöglichen. Besonderer Fokus wird dabei auf Irland und Spanien als Fallbeispiele gelegt, da beide Länder massiv ihre Sozialausgaben gekürzt und die Arbeitslosigkeit seit 2008 stark angestiegen ist. Um die Auswirkungen der EU Economic Governance, die durch den Fiskalvertrag, das Sixpack und weitere Maßnahmen vereinbart wurden, zu erfassen, und hegemoniale supranationale Politiken nachvollziehen zu können, soll im ersten Teil ein Rekurs zu den Auswirkungen der Asienkrise und der Finanz- und Wirtschaftskrisen in Lateinamerika gemacht werden (Elias / Gunarwardena 2013; Elson 2012).

2. Finanz- und Austeritätspolitik im Zeichen der Krise

Analysen der Auswirkungen von Austeritätspolitik innerhalb der EU zeigen, dass die Mitgliedsstaaten, die ihre öffentlichen Staatsausgaben gekürzt und wohlfahrtsstaatliche Leistungen eingeschränkt haben, massive Effekte auf die Arbeitsmarkt- und Lebenssituation von Frauen seit 2010 haben (Klatzer/Schlager 2011; Feminist Economics 2013; Kurz-Scherf/Scheele 2013). Bis heute sind vor allem Frauen disproportional von Austeritätsmaßnahmen betroffen und haben die negativen Effekte, die diese Maßnahmen auf Gleichstellungspolitik, den öffentlichen Sektor und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung haben, in vielfältiger Weise zu tragen (Young et al. 2011; DG Justice 2013; Karamessini/Rubery 2014). Denn oft sind es Frauen, die dann zusätzliche unbezahlte Arbeit in Privathaushalten leisten, wenn das Familieneinkommen geringer wird oder Arbeit, die zuvor zugekauft wurde, eingespart werden muss. Wenige Studien haben jedoch bisher untersucht, inwiefern diese sozialen Reproduktionsarbeiten in Privathaushalten von Austerität betroffen werden und inwiefern sich somit die alltägliche Lebenssituation von Frauen, Männern und Kindern verändert (Oxfam 2014). Zukünftige Studien sollten daher den Privathaushalt auf der Mikroebene der Analyse miteinbeziehen, neben staatlichen Politiken auf der Meso-Ebene und ihre Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation und zumeist unbezahlte soziale Reproduktionsarbeit. Gerahmt werden sollte dies zudem durch Studien der feministischen internationalen politischen Ökonomie, die auf der Makro-Ebene Formen von Global Governance in ihren Wechselwirkungen mit ökonomischen Effekten in einzelnen Ländern untersucht.

Innerhalb der globalen politischen Ökonomie und globaler Produktionsketten wird SR in der internationalen Arbeitsteilung immer noch stillschweigend vorausgesetzt, und auch die Weltbank hat erst vor kurzem soziale Reproduktion auf ihre politische Agenda gesetzt (Bakker/Silvey 2008). Fragen sozialer Reproduktion werden auch selten in einem staatstheoretischem Kontext verortet, wie Isabella Bakker bemerkte (2007). Frauen sind in den globalen Produktionskreislauf oft so eingebunden, dass durch neoliberale Politiken des IWF und der Weltbank in Form von Mikro-Krediten neue Abhängigkeiten entstehen (Wichterich 2012). Das bedeutet, dass sowohl supranationale Politiken und Akteure sowie nationalstaatliche Politiken und das jeweilige Gender-Regime weiterhin eine bedeutende Rolle spielen sowohl bei der Verteilung von bezahlter als auch unbezahlter Arbeit. Internationale Institutionen wie die Weltbank und der IWF haben bereits, oft in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Nationalstaaten, Strukturanpassungsprogramme im globalen Süden implementiert (Young 2003). Die Gender und Internationale Politische Ökonomie Literatur (GIPE) hat die Auswirkungen dieser vergangenen Finanzkrisen besonders in Argentinien, Brasilien, im Pazifik und Asien analysiert (Young 2003; Waring 2010). Inwiefern gerade die Krise in Asien und Argentinien Auswirkungen auf Privathaushalte hatte, wurde in verschiedenen fokussierten Studien und einem nationalen Haushalts Survey in Argentinien untersucht (Fiszbein et al 2003; Knowles et al. 1999). Die Auswirkungen ökonomischer Krisen auf die soziale Reproduktion wurde in Haushalten in Mexiko Stadt (Benería 1992), in Indonesien (Knowles et al 1999) und für Arbeiterinnen im informellen Sektor in zehn Städten der Welt untersucht (Horn 2009): Alle Studien zeigen deutlich, wie unbezahlte Pflegearbeit von Mädchen und Frauen in Privathaushalten ansteigt und informelle Arbeiten von Frauen im Privatsektor zunehmen. In Indonesien, den Philippinen und Thailand hatten Frauen und Kinder massive Gesundheitsprobleme aufgrund der Tatsache dass sie weniger zu essen hatten, weil sie Kosten einsparen mussten (Knowles

et al. 1999). Diane Elson (2010) hat daher vor langanhaltendem persönlichem Ressourcenverbrauch in der sozialen Reproduktion gewarnt und ein Analyseraster für die Auswirkungen von Finanzkrisen für sogenannte Entwicklungsländer entworfen. Die Frage bleibt, ob dieses Raster auch für westeuropäische Länder anwendbar ist, da Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten der EU nicht unbedingt vergleichbar sind mit jenen anderer Weltregionen. Ein (noch) existierender Sozialstaat vor allem in den Ländern West- und Nordeuropas sowie ein (noch) vorhandener öffentlicher Sektor sind hier die Kernunterschiede. Neueste Untersuchungsergebnisse zeigen jedoch, dass es vergleichbare Merkmale gibt: „Households often adjust in reaction to economic downturn by using unpaid labour to replace services that had been purchased in markets before the crisis“ (Fukuda-Parr et al. 2013, 22). Mehr Druck auf die einzelne Person und vor allem auf Frauen sind daher gemeinsame Merkmale in finanzmarktbedingten Krisenzeiten. Im nächsten Abschnitt werden daher zuerst spezifische Maßnahmen in der EU kursorisch dargestellt, um anschließend beispielhaft auf die Situation in Spanien und Irland näher einzugehen.

3. EU Economic Governance und die Frage nach der sozialen Reproduktion

Die Geschwindigkeit, mit der in den letzten Jahren finanz- und wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen auf nationaler und supranationaler Ebene der EU durchgesetzt wurden sind erstaunlich: Angefangen vom Europlus Pakt, das Europäische Semester, über den Two- und Sixpack bis hin zum Fiskalvertrag sind politische Steuerungsmechanismen eingeführt worden, die in rasanter Geschwindigkeit die institutionelle Architektur der EU nachhaltig verändern. Während in den Mitgliedsstaaten mit dem Fiskalpakt Hoheitsrechte für Budgetpolitik zugunsten von Europäischer Kommission und Rat eingeschränkt werden, ist mit dem Sixpack der Stabilitäts- und Wachstumspakt und dessen Budget- und Schuldenkriterien von 1996 nochmals verschärft worden (Klatzer/Schlager 2011; Fischer-Lescano/Oberndorfer 2013). Ziel der umfangreichen Regelungen ist, die Nationalstaaten immerwährend auf ausgeglichene öffentliche Finanzen zu verpflichten. Der Fokus der rechtlichen Vorgaben ist dabei klar auf die Kürzung von Staatsausgaben gerichtet, was bereits mit dem Europlus Pakt von 2011, der aber lediglich politischen Charakter hat, unterstrichen wurde, indem Renten, Gesundheitskosten und Sozialausgaben gesenkt werden und damit ein Wandel vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat vollzogen werden kann (Wöhl 2014). Frauen sind deswegen von diesen makroökonomischen Maßnahmen besonders betroffen, da Fragen der sozialen Reproduktion, die öffentliche Gesundheitsversorgung und wohlfahrtsstaatliche Leistungen nicht, oder nicht in einem positiven Sinne in den neuen Defizitgrenzen berücksichtigt wurden und jegliche Gender Mainstreaming oder Gender Budgeting Maßnahmen ignoriert wurden, obwohl sich die EU auf allen politischen Ebenen zu ihnen bekannt hatte. Dies zeigt, dass die Krise der sozialen Reproduktion intensiviert wird in Zeiten makroökonomischer Krisen und dass die sogenannte Privatsphäre wieder einmal als Ort unbezahlter Arbeit von vor allem Frauen gelten kann.

4. Irland und Spanien

Spanien und die Republik Irland waren, anders als Griechenland und Portugal, schnell wachsende Ökonomien vor 2008 (López/Rodríguez 2011; Ó Rian 2013). Obwohl sie unter unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Modelle fallen, sind Irland und Spanien aus mehreren Gründen interessant für einen Vergleich: Beide Länder hatten starke Wachs-

tumsraten vor 2008 und einen hohen Anteil an Immigration von Arbeitskräften. Zudem weisen beide eine starke gesellschaftliche Affinität zur katholischen Kirche auf, dessen kulturelle Muster bis heute in die Gesellschaft hineinwirken (z.B. Abtreibungsgesetzgebung). Spanien und Irland haben beide noch eine starke Norm des männlichen Ernährermodells, obwohl Spanien mittlerweile als Doppelverdiener-Modell angesehen werden kann.

Es gab in beiden Ländern hohe Privatverschuldungen aufgrund von Immobilien-Krediten und einen starken Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 (Antonopoulos 2009). Spanien und Irland hatten einen aufgeblasenen Bankensektor, der dazu führte, dass der Staat mit seinen Bankenrettungsmaßnahmen selbst unter Druck der Finanzmärkte geriet (Barry/Conroy 2014; Sequino 2010). Daher mussten Irland und Spanien unter internationalem Druck – Irland beantragte Hilfe aus dem europäischen Rettungsschirm – umfangreiche Austeritätsmaßnahmen umsetzen. Spanien und Irland sind auch deswegen interessant für einen Vergleich, weil sich Widerstand gegen diese Maßnahmen unterschiedlich formierte, in Spanien sehr prominent durch die „M 15“ Bewegung im Jahr 2011. In Irland gab und gibt es kleinere Ableger dieser Proteste, obwohl sie nie die Ausmaße der Proteste wie in Spanien 2011 erreichten. Lokale Gruppen in Irland gegen aktuelle Wasserprivatisierungen und kleinere Initiativen neben den Gewerkschaften waren die größten KritikerInnen der umgesetzten Austeritätsvorgaben. In Spanien ist der Widerstand in lokalen und überregionalen Gruppen präsent, wie z.B. in der Plattform der Hypothekenbetroffenen (PAH). Bereits 2009 war klar, dass einkommensschwache Haushalte mehr Restriktionen erleiden werden, da hier vor allem Frauen auch an Zeitmangel aufgrund eines erhöhten Arbeitspensums betroffen sein würden. Frauen aus Osteuropa oder Ecuadorianerinnen in Spanien (Herrera 2012) nehmen besonders häufig bezahlte soziale Reproduktionsarbeiten in Privathaushalten an, was bedeutet, dass diese Frauen besonders betroffen sind, wenn Zahlungen und Jobs gestrichen werden. Aber nicht nur ImmigrantInnen sind in diesen Ländern stark betroffen, auch gut ausgebildete junge irische und spanische Männer und Frauen verlassen das Land, um anderswo bezahlte Arbeit zu finden. Wie Ó Rian (2013, 45) feststellt, hatte Irland bereits 1992 dasselbe niedrige Arbeitsmarktniveau wie Spanien für 25- bis 54-Jährige, erholte sich in den Jahren nach 2000 und fiel dann wieder auf dasselbe Niveau wie Spanien nach 2007.

4.1 Spanien

Spanien wird heute als Doppelverdiener-Modell angesehen, obwohl das System sozialer Sicherung immer noch Vollzeitbeschäftigung als Norm aufrechterhält, um volle Sozialleistungen zu empfangen (González Gago / Kirzner 2014, 229). Obwohl es Veränderungen gab um Geschlechtergleichheit zu forcieren, war die Entwicklung dorthin eher langsam. Seit Spaniens Mitgliedschaft in der EU 1986 haben Richtlinien der supranationalen Ebene Geschlechtergleichheit und -politiken forciert. Im März 2007 wurde z.B. ein Gesetz vom Parlament verabschiedet, dass die Gleichheit zwischen Männern und Frauen fördern sollte und ein Gleichstellungsministerium eingerichtet, dass gleichstellungspolitische Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2011 unterstützen sollte. Dieses Ministerium wurde aufgrund von Sparvorgaben im Oktober 2010 wieder eingestellt (Castellanos Serano / González Gago 2013, 211). In der Zwischenzeit hat sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nur langsam verändert: Männer sind häufiger in bezahlter Arbeit und haben mehr Freizeit, während Frauen eher in kurzzeitigen Verträgen und in Teilzeitarbeit anzutreffen sind. Sie übernehmen auch die meiste soziale Reproduktionsarbeit. Obwohl

Frauen seit 2008 mehr niedrig bezahlte Arbeit aufgenommen haben, um das Familieneinkommen zu heben, hat dies nicht zu veränderten Normen im heterosexuellen Geschlechterverhältnis geführt, auch wenn der Partner arbeitslos ist. Im Jahr 2012 wurde der Gender Pay Gap mit 17,8 % berechnet (EUROSTAT 2012), der somit leicht über dem EU-27 Durchschnitt lag. Die Situation auf den Arbeitsmärkten hat sich seit 2008 verschärft: 24,8 % aller Arbeitsverträge waren befristete Verträge, Frauen hatten davon 25,9 % und Männer 23,8 % im letzten Quartal 2010. Teilzeitbeschäftigung lag bei 13,3 %, prozentual lag der Frauenanteil dabei mit 23,4 % deutlich höher als der der Männer bei 5,3 % (Castellanos Serrano / Gonzáles Gago 2013, 208).

Da Spanien eine wachsende und dynamische Ökonomie mit hohen BIP Raten von 3,7 % im Durchschnitt zwischen 1995 und 2007 aufwies, wurde es als Vorbild in der EU gesehen, das eins von drei Arbeitsplätzen im EU-27 Raum schuf. Dieses positive Panorama änderte sich dramatisch nach 2008. Die hohe Kreditverschuldungen der Privathaushalte führte dazu, dass viele spanische Familien ihre Häuser verlassen mussten oder zwangsgeräumt wurden. Gleichzeitig wurden jedoch Steuern erhöht und große Einsparungen vorgenommen, die meisten betrafen dabei den Bildungs- und Gesundheitssektor. Zudem wird das Renteneintrittsalter sukzessive von 65 auf 68 Jahre angehoben. Die Pensionsreform hat zudem die Jahre erhöht, die notwendig sind, um Ansprüche geltend zu machen und Löhne im öffentlichen Sektor wurden um 5 % gekürzt. Außerdem wurde das Mindesteinkommen nicht an die Inflation angepasst (Lombardo 2014). Resultat dieser Politik ist, dass die Armutsgefährdungsrate (2011) auf 21,8 % gestiegen ist. Zeitarbeitsverträge sind zudem bis Ende 2010 zweimal so hoch gewesen wie im EU-Durchschnitt und die Auflösung des Gleichstellungsministeriums hatte auch die Folge, dass keine Anstrengungen unternommen wurden, um Gender Budgeting in diese Konsolidierungspakete zu implementieren. Da Frauen und Mädchen zumeist soziale Reproduktionsarbeiten übernehmen im Privathaushalt haben sie jetzt weniger Freizeit, während Frauen oft noch gleichzeitig versuchen, das Einkommen des Mannes zu ersetzen, wenn dieser arbeitslos geworden ist. Seitdem die Partido Popular 2011 an die Regierung kam wurde auch die Geschlechterparität im Parlament abgeschafft, in dem nun 4 Frauen und 9 Männer das Kabinett der Regierung bilden.

Zur gleichen Zeit entwickelten sich jedoch auch Widerstandsformen, alternative Ökonomien und besonders die PAH hat auch Gesetzesnovellierungen bezüglich der Zwangsäumungen bewirken können (Wöhl 2013). In der Zwischenzeit haben Spanien und Deutschland ein bilaterales Abkommen geschlossen gegen die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, da 55 % der spanischen Jugend zwischen 16 und 24 Jahren keine Aussicht hat, in Spanien einen Job zu finden.

4.2 Republik Irland

Die irische Republik fällt unter die korporativen Wohlfahrtsstaatsmodelle, die stark auf die Familie angewiesen und an die katholische Tradition gebunden ist (McLaughlin 1993), obwohl mittlerweile mehr (neo-)liberale Elemente seit den 1990er Jahren vorzufinden sind. Hier sind vor allem die Senkung der Lohnkosten zu nennen, Einschnitte in die öffentlichen Ausgaben sowie die Macht der Gewerkschaften einzudämmen durch die Einführung eines Sozialpartnermodells namens „National Partnership Agreements“. Körperschaftssteuern sind in Irland seit den 1990ern sehr niedrig, sodass ausländische Direktinvestitionen aus den USA anstiegen in den Folgejahren (Allen 2000, 15 ff.). Irland wurde als der „Keltische Tiger“ bezeichnet da es hohe Wachstumsraten aufwies. Eine

hohe Arbeitsimmigration aus den neuen Beitrittsländern war die Folge, besonders aus Polen. Irland wurde 2008 dann hart von der Finanzkrise getroffen, vor allem der Grundstücksmarkt und Bausektor brachen ein, ähnlich wie in Spanien. Irland musste in der Folge die größte irische Bank verstaatlichen und Lohnkürzungen sowie Lohnverzicht im privaten und öffentlichen Sektor einführen. Die „National Partnership Agreements“ wurden zudem 2009 beendet, sodass der private Sektor zu individuellen Betriebsverhandlungen zurückgekehrt ist, während es im öffentlichen Sektor noch auf nationaler Ebene Kollektivvertragsverhandlungen gibt (ETUI 2014). Da bereits zu der Zeit des „Keltischen Tigers“ öffentliche Ausgaben gekürzt und nur moderate Gehaltserhöhungen stattfanden, sind mehr und mehr Menschen seit 2008 in Armut gerutscht. Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen haben vor allem die untersten Einkommensschichten am stärksten getroffen. Ausgaben im Gesundheitssektor seitens der Regierung fielen um 7% seit Beginn der Krise und größere persönliche Zuzahlungen waren die Folge, die vor allem einkommensschwache Gruppen am meisten getroffen haben (OECD 2014b, 52). Niedrigeinkommenshaushalte waren außerdem sehr stark von den Kürzungen der sozialen Transfersysteme betroffen sowie durch die Veränderung in der Besteuerung. Da Frauen auch in Irland in den niedrigeren Einkommensstufen vorzufinden sind, haben sie disproportional große Auswirkungen dadurch erlebt (TASC 2009). Die Kosten für den alltäglichen Verbrauch sind zudem auch sehr stark angestiegen seit 2010, besonders jene, die vor allem Frauen und Kinder betreffen, wie z.B. Kinderbetreuung, Krankenhauskosten, monatliche Mietkosten sowie öffentliche Verkehrsmittel (Oxfam 2014). Das Renteneintrittsalter wird bis 2028 auf 68 Jahre angehoben und Pensionskosten wurden reduziert. Einschnitte erfolgten auch im Pflegegeld, bei Behindertenzulagen, bei Alleinerziehenden und weiteren wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Da der irische Wohlfahrtsstaat immer noch sehr stark an der Norm des männlichen Familienernährermodells festhält, treffen diese Kürzungen Frauen besonders hart.

Der Verlust von bezahlter Arbeit ist seit 2008 stark gestiegen, 2013 waren 11% der Frauen und 17,7% der Männer arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg auf 30,8% bis April 2013. Die Langzeitarbeitslosenrate war in Irland im Vergleich zu allen OECD Ländern zwischen 2007 und 2012 die höchste, mit einem Anstieg von 30% bei den Arbeitslosen, die über ein Jahr keine bezahlte Beschäftigung fanden. Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung stieg bei Männern auf den hohen Stand von 53,2% der Gesamtteilzeitbeschäftigtenrate, während Frauen bei unfreiwilliger Teilzeitarbeit einen Anstieg von 8% in den Jahren zwischen 2007 und 2012 verzeichneten, im Gegensatz zu Männern, deren Anstieg 4% im gleichen Zeitraum betrug (OECD 2014b, 99). Vor allem ImmigrantInnen mussten einen Beschäftigungsverlust verzeichnen und zum Teil in ihre Herkunftsländer zurück migrieren. Gleichzeitig haben bereits mehr als 400 000 irische StaatsbürgerInnen das Land verlassen, von denen 40% unter 24 Jahre alt sind (Oxfam 2014, 2). Mittlerweile sind auch 23% der Privathaushalte armutsgefährdet, obwohl sie einen Familienvorstand in bezahlter Arbeit haben (Barry/Conroy 2014). Während zu Beginn der Krise seit 2008 viele Männer im Bausektor ihre Arbeit verloren haben, bedeutet dies nicht, dass die höhere Arbeitslosenquote von Männern auch zu mehr Mithilfe in der sozialen Reproduktionsarbeit führt. Besonders alleinerziehende (junge) Frauen waren nach einer ersten Welle der Zwangsräumungen von Obdachlosigkeit betroffen, da sie von ihren (Ehe-)Männern verlassen wurden und nun alleine für ihre Kinder sorgen müssen. Insgesamt hat sich die Situation für die soziale Reproduktion in Irland also dramatisch verschlechtert, wie auch das folgende Zitat zeigt:

„Many families don't have enough money to buy food, which impacts on children going to school. We have seen some families move the food around their cupboards so their children think they have been to the shops to buy food.” June Tinsley, Policy Officer with Barnados, Irlands größte Kinder-Wohltätigkeitsorganisation (zitiert nach Oxfam 2014, 3).

Schlussfolgerungen

Insgesamt lässt sich festhalten, dass durch die neuen restriktiven EU Economic Governance Vorgaben alle Mitgliedstaaten nun angehalten sind, Austeritätsmaßnahmen umzusetzen, um die umfangreichen Vorgaben einzuhalten. Irland und Spanien haben unter Druck des Regelwerks bereits massive Kürzungen im öffentlichen Sektor umgesetzt. Für die soziale Reproduktion vieler Familien bedeutet dies gravierende Einschnitte, die kaum noch alleine zu schultern sind. Vor allem die Mittel des täglichen Bedarfs sind in Irland besonders betroffen, und es wird sich zeigen, wie viel Widerstand gegen weitere Kürzungen und Privatisierungen wieder entstehen wird, wie die derzeitigen gegen Wasserprivatisierungen. Eine noch abzuwartende Wende in der Politik könnte in Spanien eintreten im Laufe dieses Jahres, falls es zu einem Regierungswechsel kommt. Offensichtlich ist jedoch, dass Teile der Bevölkerung in Spanien und Irland kaum noch ihren Lebensalltag bewältigen können und mehr solidarische Aktionen nötig sind, um vor allem die sozialen Reproduktionsbedingungen in diesen Ländern wieder zu verbessern. Gleichzeitig ist es umso wichtiger, auf die Einhaltung von Gender Budgeting zu bestehen, da dieses Instrument wenigstens auf die Umverteilungsmechanismen verweisen kann, die jungen Menschen, sowie Frauen und Männern unterschiedlicher sozialer Position und Herkunft eine lebenswerte Zukunft ermöglichen kann.

Literatur

- Allen, K. (2000) *The Celtic Tiger. The myth of social partnership in Ireland*, Manchester: University Press.
- Annesley, Amy/Scheele, Alexandra (2011) Gender, capitalism and economic crisis: Impact and responses across Europe. *Journal of Contemporary European Studies*, 19(3), 335–47.
- Antonopoulos, Rania (2009) The current economic and financial crisis: a gender perspective, Working papers // the Levy Economic Institute, No. 562, available at: <http://hdl.handle.net/10419/31580> last accessed 23.04.2013.
- Bakker, Isabella/ Gill, Stephen (eds., 2003) *Power, Production and Social Reproduction*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bakker, Isabella/ Silvey, Rachel (eds., 2008) *Beyond States and Markets: The Challenges of Social Reproduction*, New York: Routledge.
- Bakker, Isabella (2007) Social Reproduction and the Constitution of a Gendered Political Economy. *New Political Economy* 12(4), 541–56.
- Barry, Ursula/ Conroy, Pauline (2014) Ireland in crisis: women, austerity and inequality, in: Karamessini, Maria/ Rubery, Jill (eds.): *Women and Austerity. The economic crisis and the future of gender equality*, London; New York: Palgrave, 186–206.
- Benería, Lourdes (1992) The Mexican Debt Crisis, Restructuring the Economy and the Household, in: Benería, Lourdes/ Feldmann (eds.): *Unequal Burden: Economic Crises, Persistent Poverty and Women's Work*, Boulder: Westview Press, 83–104.
- Castellanos Serrano, Cristina/ González Gago, Elvira (2013) “Wirtschaftskrise, Politik, Protest und Geschlecht in Spanien.” In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Scheele, Alexandra (Hg.): *Macht oder öko-*

- nomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht, Münster: Westfälisches Dampfboot, 206–225.
- Elias, Juanita and Samantha Gunarwardena eds. (2013) *The Global Political Economy of the Household in Asia*. Basingstoke: Palgrave.
- ETUI (2014) *Benchmarking Working Europe 2014*, Brussels: ETUI and ETUC.
- DG Justice (2013) *The impact of the economic crisis on the situation of women and men and on gender equality policies – Synthesis Report*, Luxembourg: Publication Office of the European Union. http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/files/130522_crisis_report_en.pdf last accessed 06.07.2014.
- Elson, Diane (2012) *Social Reproduction and the global Crisis*, in: Utting, Peter/Razavi/Shahara (eds.): *Global Crisis and transformative Social Change*, London/New York: PalgraveMacmillan, 63–80.
- Elson, Diane (2010) “Gender and the Global Economic Crisis in Developing Countries: a Framework for Analysis”, *Gender/Development*, 18(2), 201–212.
- EUROSTAT (2012) *Employment in Europe: Recent Trends and Prospects*. Luxembourg: DG Employment and Social Affairs.
- Feminist Economics (2013) *Special Issue on the Financial and Economic Crises*, (19) 3, edited by Diana Strassmann/Günseli Berik.
- Fischer-Lescano, Andreas/Oberndorfer, Lukas (2013) *Fiskalvertrag und Unionsrecht. Unionsrechtliche Grenzen völkervertraglicher Fiskalregulierung und Organleihe*, *Neue Juristische Wochenschrift*, 1-2 (2013), 9–14.
- Fiszbein, Ariel/Giovagnoli, Paula/Thurston, Norman (2003) *Household Behaviour in the Presence of Economic Crisis: Evidence from Argentina 2002*. Mimeo, Washington DC: World Bank.
- Fukuda-Parr, Sakiko/Heintz, James/Seguino, Stephanie (2013) *Critical Perspectives on Financial and Economic Crises: Heterodox Macroeconomics meets Feminist Economics*, *Feminist Economics* 19(3), 4–31.
- Gill, Stephen/Cutler, A.C. (2014) *New Constitutionalism and World Order*, Cambridge: University Press
- González Gago, Elvira/ Kirzner, Marcelo Segales (2014) *Women, Gender Equality and the Economic Crisis in Spain*. In: Karamessini, Maria/Rubery, Jill (eds.): *Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality*, London: Routledge, 228–247.
- Hererra, Gioconda (2012) *Starting Over Again? Crisis, Gender and Social Reproduction among Ecuadorian Migrants in Spain*, *Feminist Economics* 18(2), 125–148.
- Horn, Zoe Elena (2009) *No Cushion to Fall Back On: The Global Economic Crisis and Informal Workers*. Synthesis Report, Inclusive City Studies led by WIEGO, Manchester: WIEGO.
- Karamessini, Maria (2013) *Strukturkrise, Schocktherapie und Gender in Griechenland*. In: Kurz-Scherf Ingrid/ Scheele, Alexandra (Hg.) *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 187–205.
- Karamessini, Maria/Rubery, Jill (eds., 2014) *Women and Austerity. The Economic Crisis and the Future for Gender Equality*, London; New York: Routledge.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011) *Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution? Kurswechsel* 1, 61–81.
- Knowles, James/Pernia, Ernesto/Racelis, Mary (1999) *Social Consequences of the Financial Crisis in Asia*. Economic Staff Paper No. 60, Manila: Asian Development Bank.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (2012) *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lombardo, Emanuela (2014) *Gender mainstreaming and policy responses to the economic crisis: the ‘unintended consequences’ of EU and national policymaking on Spanish gender equality*, Paper presented at the University of Helsinki 06. February 2014.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2011) *The Spanish Model*, *New Left Review*, 69(5), 5–28.

- Marchand, Marianne / Runyan, Anne S. (eds., 2011) *Gender and Global Restructuring. Sightings, Sites, and Resistances*, 2nd edition, London / New York: PalgraveMacmillan.
- McLaughlin, E. (1993) Ireland: Catholic Corporatism, in: Cochrane, A. and Clark, J. (eds.): *Comparing welfare states: Britain in international context*, London: Sage, 205–237.
- OECD (2014a) *Taxing Wages 2014*. OECD Publishing.
- OECD (2014b) *Society at a Glance 2014*. OECD Social Indicators, OECD Publishing. DOI:10.1787/soc_glance-2014-en last accessed 25.09.2014.
- Ó Riain, Sean (2013) *Economic Foundations of Social Progress: Ireland Through a Nordic Lens*, paper presented at the Social Justice Ireland Policy Conference on 19 November 2013, Dublin.
- Oxfam (2014) *THE TRUE COST OF AUSTERITY AND INEQUALITY – Ireland Case Study*, Oxford: Oxfam GB.
- Seguino, Stephanie (2010) *The Global Economic Crisis, its Gender and Ethnic Implications, and Policy Responses*, *Gender / Development*, 18 (2), 179–199.
- Serrano, Cristina / González Gago, Elvira (2013) *Wirtschaftskrise, Politik, Protest und Geschlecht in Spanien*, In: Kurz-Scherf, Ingrid / Scheele, Alexandra (Hg.): *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 206–225.
- TASC (2009) *The Solidarity Factor: Public Responses to Economic Inequality in Ireland*. Dublin: TASC.
- Waring, Marylin (2010) *Economic Crisis and Unpaid Care Work in the Pacific*, UNDP Report, Paper presented at the Pacific Conference on the Human Face of the Global Economic Crisis, 10.–12.02.2010, Port Vila.
- Wichterich, C (2012) *The other financial crisis: Growth and crash of the microfinance sector in India*. *Development* 55(3), 406–12.
- Wöhl, Stefanie (2013) *Die „Krise“ politischer Repräsentation in Europa. Theoretische und Politikfeld bezogene Reflexionen*, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26(1), 64–75.
- Wöhl, Stefanie (2014) *The State and Gender Relations in International Political Economy. A state-theoretical approach to varieties of capitalism in crisis*, *Capital / Class*, Special Issue: “Critical Political Economy and Capitalist Diversity”, 38 (1), 83–95.
- Young, Brigitte / Elson, Diane / Bakker, Isabella (eds., 2011) *Questioning Financial Governance from a Feminist Perspective*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Young, Brigitte (2003) *Financial Crises and Social Reproduction: Asia, Argentina and Brazil*, in: Bakker Isabella / Gill, Stephen (eds., 2003): *Power, Production and Social Reproduction*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 103–124.